

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

**STANDPUNKTE 2006**

***„Chancengerechtigkeit  
durch Bildung –  
Chancengerechtigkeit  
in der Bildung“***



## **Wir danken der Kommission Bildung namentlich:**

Christiane Reckmann	AWO-Bundesvorstand
Volker Andresen	Geschäftsführer AWO LV Schleswig-Holstein
Hartmut Brocke	Direktor, SPI
Norbert Hocke	Stv. Vorsitzender des Hauptvorstandes, GEW
Julia Koretzki	AWO-Bundesvorstand/ Vorsitzende des Bundesjugendwerkes
Birgit Merkel	Vorstand des Zukunftsforums Familie
Dr. Stephan Maykus	Wissenschaftlicher Mitarbeiter, ISA
Wolfgang Stadler	Geschäftsführer AWO Be Ostwestfalen/Lippe
Gerwin Stöcken	AWO-Bundesvorstand
Hans-Georg Weigel	Direktor, ISS

sowie für die AWO-Geschäftsstelle:

Ilsa Diller-Murschall	Geschäftsbereichsleiterin Fachpolitik
Matthias Ritter-Engel	Stabsstelle Kinder- und Jugendhilfepolitik

## **Impressum**

Herausgeber: AWO Bundesverband e.V.  
Verantwortlich: Rainer Brückers, Geschäftsführer

Redaktion: Der Bundesvorstand  
Geschäftsbereich 3: Ilsa Diller-Murschall, Matthias Ritter-Engel

© AWO Bundesverband e.V.  
Postfach 41 01 63, 53023 Bonn  
Oppelner Str. 130, 53119 Bonn  
Telefon: 02 28/66 85-0; Fax: 02 28/66 85-2 09  
E-Mail: [info@awo.org](mailto:info@awo.org)  
<http://www.awo.org>

Bonn, im Mai 2006

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung  
des Herausgebers. Alle Rechte vorbehalten.

## **Warum und wofür wir streiten**

„Bildung von Anfang an“ und „Chancengerechtigkeit für alle“ sind für die AWO nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern gelebte Identität. Auch wenn die Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege nicht lautstark in den Bildungsdebatten auftreten und sie in der Regel keine Berufs- oder Schulabschlüsse anbieten, sind ihre Angebote aber wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft, der bisher nicht ausreichend öffentlich wahrgenommen wird. Zudem sind die Träger in ihren Einrichtungen und Diensten unmittelbar mit den Folgen eines unzulänglichen und sozial hoch selektierenden (Schul-)Bildungssystems konfrontiert.

Deshalb mischen wir uns in die Bildungsdebatte ein!

## **Wir haben einen Anspruch: Chancengerechtigkeit durch Bildung und Chancengerechtigkeit in der Bildung**

Die Arbeiterwohlfahrt nimmt eine sozialanwaltschaftliche Funktion wahr, sie kämpft mit ehrenamtlichem Engagement und professionellen Dienstleistungen für eine sozial gerechte Gesellschaft. Grundlage hierfür sind die Werte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt erbringen soziale Dienstleistungen im Einklang mit diesen Werten.

In der Tradition ihrer Sozialberichte hat die AWO im Jahre 2000 den Bericht „Gute Kindheit – schlechte Kindheit“ veröffentlicht. Die diesem Bericht zugrunde liegende Untersuchung in AWO-Einrichtungen, die im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. durchgeführt wurde, ist die einzige Längsschnittuntersuchung zur Kinderarmut in Deutschland. In den Ergebnissen ist dabei der unmittelbare Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft deutlich geworden. Sie erweitert und ergänzt damit die PISA-Untersuchungen sowie die nationalen Armuts- und Reichtumsberichte. Armutsstudien sind immer auch Studien zur Bildungssituation und Bildungsstudien immer auch solche zur Armut.

Armut hat viele Facetten. Armut ist nicht nur das Absinken des individuellen Einkommens oder des Familieneinkommens unter das Existenzminimum. Armut bedeutet, dass die Chancen für eine positive Entwicklung

von Kindern systematisch sinken. Da Kinder nicht aus eigener Kraft ihre Chancen zur Teilhabe in der Gesellschaft ergreifen können, ist dies Aufgabe der Eltern und des Staates. Armut ist ein strukturelles Problem, für das der Sozialstaat präventive und kurative Lösungen anbieten muss. Sie ist keine eigene „Kultur“, die hingenommen werden darf.

Befunde der Armutsforschung und der Bildungsforschung weisen in auffälliger Weise gleichermaßen auf den Zerfall in eine neue Klassengesellschaft und somit auf die Bedrohung des sozialen Zusammenhalts hin. Armut ist längst in der Mittelstandsgesellschaft angekommen. Sie geht uns alle an.

Politische und soziale Rechte müssen allen Bürgerinnen und Bürgern zustehen. Der Sozialstaat muss (wieder) in die Lage versetzt werden, einen sozialen Ausgleich innerhalb der Gesellschaft zu schaffen.

Hier knüpfen die Debatten um die Handlungsfähigkeit des Staates und die Prioritätensetzung staatlicher Aufgaben an. Aus Sicht der Arbeiterwohl- fahrt muss der Zugang zur Bildung und die Förderung durch Bildung Priorität im staatlichen Handeln genießen. Bildung ist nicht Privatsache, Bildung ist Sozialpolitik.

## **Föderalismus in der Bildung – eine Sackgasse**

„Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“: (11. Kinder- und Jugendbericht) bedeutet für uns, dass weder soziale Herkunft, Wohnort noch Bundesland (!) über Bildungskarrieren entscheiden dürfen. **Bildung x 16 Bundesländer führt in die Sackgasse. Der bildungspolitische föderale Wettbewerb hat Deutschland nicht vorgebracht. Das belegen PISA, IGLU und die OECD-Jahresbildungsberichte: Bei Vergleichen mit anderen Ländern schneidet das deutsche Bildungssystem regelmäßig unterdurchschnittlich ab. Der Bund muss die alleinige Zuständigkeit für Bildung haben, weil nur so flächendeckend strukturelle Verbesserungen möglich sind. Bundeseinheitliche Standards müssen in allen Ländern und Kommunen Gültigkeit besitzen.** Diese Standards müssen klar, konkret und spezifisch sein. Doch sie dürfen nicht starr sein: Sie müssen immer wieder neu in gesellschaftlichen und bildungspolitischen Debatten mit Inhalt gefüllt werden. Sie sind keinesfalls identisch mit Lehrplänen und Curricula.

Das haben die PISA-Ergebnisse deutlich gezeigt. Die Gefahr einer Bildungspolitik nach Haushaltslage des jeweiligen Bundeslandes ist zu groß. Im Übrigen entspräche eine stärkere Zentralisierung der Praxis nahezu aller europäischen Nachbarländer, die im Bildungsvergleich zum Teil deutlich besser abschneiden als Deutschland. Unser jetziges System hat uns in die Sackgasse geführt – wir müssen umkehren!

Aktuell lassen sich drei unterschiedliche Bildungsdiskurse mit je unterschiedlichen Themen und Interessenslagen identifizieren:

1. Es gibt einen Diskurs über die Leistungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern einerseits und der Schule andererseits im Sinne einer **Output-Orientierung**. Hier steht folgende Frage im Mittelpunkt: Was haben Schülerinnen und Schüler bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ihrer Schullaufbahn erlernt? Wortführer dieses Diskurses sind Wirtschaft und Unternehmen, die mangelhafte Voraussetzungen und Kenntnisse von Schülerinnen und Schülern zur erfolgreichen Bewältigung einer Ausbildung beklagen. Ebenso bemängeln Fachhochschulen und Universitäten die unzureichende Studierfähigkeit vieler Abiturientinnen und Abiturienten.
2. Ein weiterer Diskurs handelt von **Struktur- und Organisationsfragen**. Stichworte sind hier u. a. Ganztagschule versus Halbtagschule, Mehrgliedrigkeit des Schulsystems, Klassenwiederholungen. Dieser Diskurs schließt das Programm der Bundesregierung zum Ausbau von Ganztagschulen ebenso ein wie die Forderungen nach autonomen Schulen. Doch das föderale Bildungssystem setzt bundesweiten Lösungsansätzen enge Grenzen.
3. Ein dritter Diskurs dreht sich um das Verständnis von **Bildung und Lebenskompetenz**. Hier haben sich insbesondere das Bundesjugendkuratorium als auch die Berichtskommission zum 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung ausführlich geäußert.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist in die Bildungsdebatten ebenfalls einbezogen. Hier finden sich Angebote und Maßnahmen mit explizitem Bildungsauftrag (z. B. Kindertagesstätten) ebenso wie solche mit implizitem Bildungscharakter. So liegt in den Hilfen zur Erziehung der Schwerpunkt mehr auf Erziehung als auf Bildung. Aber auch in der Jugendhilfe ist der gesellschaftliche Bedeutungszuwachs der bildenden und betreuenden Angebote unverkennbar. Es kommen neue Anforderungen auf das Schul-

system und die freien Träger zu. Die Fachöffentlichkeit ist sich einig, dass Jugendhilfe und Schule einander bedürfen, wenn sich Grundlegendes in der Bildungspolitik ändern soll.

## **Bildung ist mehr als Ausbildung!**

**Bildung ist mehr als nur Ausbildung und Qualifikationserwerb! Sie ist Voraussetzung für die „Lebenskompetenz“ der Menschen.** Die Sozialwissenschaften gehen davon aus, dass wir mit unseren heutigen Forschungsmethoden und den zur Verfügung stehenden Forschungsinstrumenten nur schwer erfassen können, was sich verändern wird und in welcher Form sich diese Veränderung ausdrückt. Doch wir können mit einiger Sicherheit annehmen, dass die Gesellschaft der Zukunft

- eine **Wissensgesellschaft** sein wird, in der Intelligenz, Neugier, Lernen wollen und können sowie Kreativität eine wichtige Rolle spielen;
- eine **Risikogesellschaft** sein wird, in der die Biografie flexibel gehalten und trotzdem Identität gewahrt werden muss, in der der Umgang mit Ungewissheit ertragen werden muss, und in der Menschen ohne kollektive Selbstorganisation und individuelle Verantwortlichkeit scheitern können;
- eine **Arbeitsgesellschaft** bleiben wird, der die Arbeit nicht ausgeht, in der aber immer höhere Anforderungen an die Menschen gestellt werden, um arbeiten zu können;
- eine **demokratische Gesellschaft** bleiben muss, in der die Menschen an politischen Diskursen teilnehmen und frei ihre Meinung vertreten können, öffentliche Belange zu ihren Angelegenheiten machen, der Versuchung von Fundamentalismen und Extremen widerstehen und bei allen Meinungsverschiedenheiten Mehrheitsentscheidungen respektieren;
- als **Zivilgesellschaft** gestärkt werden muss, mit vielfältigen Formen von sozialen Netzen und der Partizipation, der Solidarität und der Kooperation der Bürgerinnen und Bürger, egal welchen Geschlechts, welcher sozialen Herkunft, welchen Berufs und welchen Alters;
- eine **Einwanderungsgesellschaft** bleiben wird, in der Menschen verschiedener Herkunft, Religion, Kultur und Tradition integriert werden müssen, vorhandene Konflikte und Vorurteile überwunden und Formen des miteinander Lebens und Arbeitens entwickelt werden müssen, die es allen erlaubt, ihre jeweilige Kultur zu pflegen, aber auch sich wechselseitig zu bereichern (Bundesjugendkuratorium).

## Alle haben ein Recht auf Bildung

**Bildung ist der entscheidende Faktor für individuelle und gesellschaftliche Zukunftschancen. Bildung ist ein Recht aller Kinder unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem kulturellen Hintergrund oder den Lebensbedingungen der Eltern.**

Der vom Gesetzgeber definierte Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsauftrag ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann auch nur von allen Akteuren gemeinsam wahrgenommen werden. Die Öffnung von Zugängen zu Bildungs- und Unterstützungsangeboten ist ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit. Sie verlangt die Ausdifferenzierung von Konzepten, die beeinflussende und den Zugang einschränkende Faktoren aufgreifen und produktiv anwenden. Insbesondere Sprachförderung sowie gendersensitive und kultursensible Angebote ermöglichen die Öffnung von Zugängen.

**Bildungsinstitutionen brauchen die demokratische Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern.** Sie ist erforderlich für die innere Gestaltung der Institution und für die Schaffung und Ausprägung eines aktiven gesellschaftspolitischen Bewusstseins. Demokratie muss auch innerhalb von Einrichtungen entwickelt, gelernt und gelebt werden. Damit ist nicht nur die formelle Beteiligung zum Beispiel von Schülerräten und Studentenausschüssen gemeint, sondern auch die Gestaltung von Lerninhalten und Lernwegen. Der Grad an Beteiligungsmöglichkeiten beeinflusst nicht nur das soziale Klima, sondern auch den Bildungserfolg. **Wir brauchen eine größere pädagogische Eigenständigkeit und Demokratisierung der Bildungseinrichtungen sowie eine Verbesserung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte.**

Die AWO sieht es außerdem als Verpflichtung an, Bildung geschlechtergerecht auszugestalten. Dies bezieht sich auf die Inhalte und Organisation von Bildungsangeboten, Gestaltung von Materialien, Konzeptionen und Programmen in Bildungseinrichtungen sowie die Einsetzung von Gleichstellungsbeauftragten.

**Bildung ist ein aktiver, selbstbildnerischer und nicht abschließbarer Prozess.** Bildung ist mehr als akkumuliertes Wissen und lässt sich auch nicht abschließend in einem Kanon oder einem Curriculum abbilden. Bildung ist sowohl Wissenserwerb als auch die Befähigung zu selbstbestimmter, eigenständiger Lebensführung.

Zur Erreichung dieses Zieles brauchen alle Mitglieder einer Gesellschaft Unterstützung, Orte und Gelegenheiten. Die Arbeiterwohlfahrt bietet solche Gelegenheiten in ihren verschiedenen Einrichtungen und Diensten, in den Angeboten der Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit an. Die Arbeiterwohlfahrt sieht sich insbesondere dort in der Verantwortung, wo Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechtes oder ihres Wohnortes benachteiligende Bedingungen vorfinden. Sie unterstützt in diesem Sinne Bildungsprozesse, die weder bevormunden noch eingrenzen.

## **Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an**

„Bildung, Betreuung und Erziehung“ ist seit langem Grundlage für Konzepte in der Kindertagesbetreuung – doch werden die Qualitäten dieses integrierten Konzepts in Deutschland in der Kindertagesbetreuung unterschätzt. Im Schulsystem werden die Aspekte Betreuung und Erziehung bisher weitgehend vernachlässigt. Das deutsche Bildungssystem spiegelt Bildung, Betreuung und Erziehung nicht als Teile eines Ganzen wider, die sich in jeder zeitlichen Lebensphase eines Kindes gegenseitig ergänzen. Sie werden noch zu stark als drei einzelne, im besten Fall aufeinander folgende Bausteine wahrgenommen. Die AWO Bildungskommission spricht sich für ein abgestimmtes Konzept für das gesamte Kindes- und Jugendalter aus. **„Bildung von Anfang an“ muss daher ebenso zu einem konzeptionellen Anspruch werden wie „Betreuung und Erziehung“ zu einem integralen Bestandteil einer auf ganztägige Angebote ausgerichteten (Ganztags-) Schule. Beides stimmt: „Bildung ist mehr als Schule“ und „Schule ist mehr als Bildung“.**

## **Europäische Pakt für die Jugend**

Die bildungspolitischen Forderungen betten sich in die europäische Debatte ein: Als Teil der überarbeiteten Lissabonstrategie hat der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung 2005 einen „Pakt für die Jugend“ verabschiedet. In dieser Initiative wird die Rolle der Jugend in den Kernbereichen des Lissabonprozesses, die Wachstum und Beschäftigung steigern sollen, hervorgehoben. Insbesondere die Beschäftigungsstrategie, die europäische Strategie zur sozialen Eingliederung sowie das Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung“ werden hier ausdrücklich benannt. **Ziele auf dem Weg der Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation sind dabei unter anderem die Senkung der Schulabbrecherquoten, die Verbesserung des Zugangs zur Berufsausbildung, zur Sekundarbildung und zur**



**Hochschule.** Es gilt, das Thema Bildung immer mehr im europäischen Kontext zu denken; dieser Aspekt kommt unserer Auffassung nach in der aktuellen Debatte viel zu kurz.

## **Für eine chancengerechte Bildung von Anfang an**

Bildung beginnt mit der Geburt. Bildungsprozesse sind immer soziale und kommunikative Prozesse zwischen Kindern sowie zwischen Kindern und Erwachsenen. Sie beeinflussen in der frühen Kindheit die kognitive, emotionale und soziale Entwicklung der Kinder. Beziehungen sind deshalb von besonderer Bedeutung. Der Aufbau von Vertrauen sowie die Vermittlung von Sicherheit sind Grundlagen für zukünftiges erfolgreiches Lernen. Kinder haben ein Recht auf optimale Bedingungen für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und Fähigkeiten, durch gute Förderung und Bildung. Das betrifft das gemeinsame soziale Lernen, die Fähigkeiten andere zu akzeptieren, mit ihnen zu kooperieren, auf ihre Bedürfnisse einzugehen und sich und die eigenen Interessen zu behaupten.

**Lebenslagen  
und Bildung  
der 0-6-  
Jährigen**

Professionelle Bildung, Betreuung und Erziehung braucht qualitativ hochwertige Standards, dann bietet sie Kindern Lernmöglichkeiten, die ein Familienalltag nicht immer gewährleisten kann. Viele Kinder wachsen in einem ausschließlich von Erwachsenen geprägten Umfeld auf, Kontakt und Auseinandersetzung mit anderen Kindern findet zunehmend nur noch in den Kinderkrippen und Tageseinrichtungen in ausreichendem Maße statt, da in den Familien vielfach Geschwister fehlen.

Kinder benötigen für ihre Entwicklung Lebensräume, in denen sie gesund aufwachsen können, in denen sie forschen und Erfahrungen sammeln können, in denen sie Kindern begegnen können und in denen sie Beziehungen und Bindungen entwickeln können.

**Zur Schaffung eines vielfältigen Angebotes zur Bildung, Betreuung und Erziehung müssen die institutionellen Angebote**

**ebenso wie die der Tagespflege ausgebaut werden. Diese Angebote sind kostenfrei zu gestalten. Der Rechtsanspruch ist auszuweiten zum Anspruch auf Ganztagesplätze einerseits und auf die Altersgruppe unter Drei andererseits.**

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung muss in Deutschland viel stärker unter dem Fokus eines chancengerechten Aufwachsens betrachtet werden. Gerade unter bildungspolitischen Aspekten ist ein bedarfsgerechtes, differenziertes Betreuungsnetz, das die unterschiedlichen familiären und kindlichen Bedürfnisse berücksichtigt, von besonderer Bedeutung. Die bundesweite qualitative Weiterentwicklung institutioneller Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen, der Aufbau einer qualitativ hochwertigen Tagespflege, vor allem in den westlichen Bundesländern, und die Schaffung innovativer Betreuungsmodelle für Kinder unter drei Jahren sind nicht zuletzt unter der Perspektive der demografischen Veränderungen dringend geboten.

Die Bundesrepublik Deutschland investiert zu wenig in den Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Statt der von der OECD geforderten Mindestinvestition von 1 % des Bruttoinlandproduktes, investiert die Bundesrepublik in diesem Bereich lediglich 0,66 % bei sinkender Tendenz.

## **Stärkung von Familien – individuelle Förderung von Kindern**

Der Arbeitsmarkt und die Lebensformen von Familien haben sich in den letzten Jahren rapide verändert und ausdifferenziert. Die zunehmende Differenzierung und Pluralisierung von Erwerbskonstellationen, die Erwerbslosigkeit von Eltern, aber auch Migrationshintergründe von Kindern können sich belastend auf die notwendige Teilhabe von Kindern an bildungsunterstützenden Angeboten im Stadtteil auswirken. Es wächst eine Vielzahl von Kindern heran, denen eine optimale Förderung im familiären Umfeld nicht zur Verfügung steht.

Zugleich bieten die Zunahme vielfältiger Familienkonstellationen, die unterschiedlichen Formen und Zusammensetzungen von Familien sowie das Aufwachsen in zwei Kulturen bislang kaum genutzte Chancen für die Entwicklung von Kindern. Es gilt, die Potenziale der Familien zu stärken.

Soziale Nahräume sind ein Gefüge mehr oder minder dauerhafter sozialer Beziehungen, in die eine Person einbezogen ist. Je älter Kinder und Jugendliche werden, desto vielfältiger wird in der Regel der soziale Nah-

raum, desto zahlreicher sind die sozialen Netze, in denen sie aufwachsen, desto weniger zeichnen sich die sozialen Nahräume durch den Bezug auf eine gemeinsame Ortsgebundenheit aus.

Die Analyse des Lebensraumes und der individuellen Lebensbedingungen von Kindern und ihren Familien sowie die sorgfältige und regelmäßige Dokumentation und Diskussion der damit verbundenen Bildungsprozesse sind für die Bildungs- und Entwicklungsbegleiter ein notwendiger und wichtiger Teil der pädagogischen Bildungsarbeit. **Zur Unterstützung der speziellen Förderungsarbeit halten wir eine Analyse und Dokumentation der Entwicklung eines Kindes für zwingend erforderlich.**

Die Herausforderung besteht in der Übernahme einer gemeinsamen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern. Notwendig ist eine abgestimmte Zusammenarbeit aller am Bildungsprozess beteiligter Akteure, um jedem Kind die erforderliche fachgerechte, umfassende und individuelle Unterstützung und Förderung zukommen zu lassen.

Spezielle Förderangebote im institutionellen wie auch im privaten Bereich können Kindern gleiche Bildungschancen eröffnen. Es bedarf der Kooperation und der Vernetzung unterschiedlicher Träger, die ihre Angebote einladend, wertschätzend und zielgruppenorientiert ausgestalten, damit Eltern und Kinder diese Angebote auch in Anspruch nehmen. Kinder sind unsere Zukunft; sie benötigen für die Gestaltung dieser Zukunft gleiche Bildungschancen und eine nachhaltige Bildungspolitik.

**Eine professionsübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der frühkindlichen Bildung bedarf dabei der strukturellen Verankerung.** Mit dem Ausbau und der Verbesserung von kleinräumlichen Angeboten und Vernetzungen kann der Komplexität und Multidimensionalität der unterschiedlichen regionalen, sozialen und strukturellen Lebensbedingungen von Kindern und ihren Familien in der Zukunft besser begegnet werden.

- Die Individualität und Unterschiedlichkeit von Kindern und deren Familien muss erkannt, verstanden, akzeptiert und in der Entwicklung sowie Umsetzung von Bildungs- und Betreuungsangeboten beachtet werden.
- Kinder müssen unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen, ethnischen oder religiösen Herkunft gefördert werden.
- Kindern mit Migrationshintergrund muss das Sprechen der Herkunftssprache ebenso ermöglicht werden wie das Erlernen der deutschen Sprache.

- Den unterschiedlichen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsnotwendigkeiten von Kindern entsprechend müssen adäquate Bildungsangebote in den unterschiedlichen Formen der Kinderbetreuung vorgehalten werden.

## Schule neu denken

### Lebenslagen und Bildung der 6-16- Jährigen

Unser Bildungssystem für die Kinder im Alter von 6 bis 16 Jahren wird den Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht. Ein Umsteuern ist dringend notwendig, da ohne Bildung der Wandel in die Wissensgesellschaft nicht zu bewältigen ist. Bildung, Qualifikation und Kompetenzen und das Erlernen von Diskurs- und Konfliktfähigkeit entscheiden über die beruflichen und gesellschaftlichen Chancen eines jeden Menschen und davon abhängig über seine Zukunftschancen. Bildung bedeutet Entwicklung der Persönlichkeit, der Identität. Bildung bedeutet aber auch, die gemeinschaftsfähige Persönlichkeit zu gestalten. Und somit bekommt Bildung gerade in der Lebensphase der 6 bis 16-Jährigen über die eher traditionelle Dimension hinaus auch einen emanzipatorischen Charakter. Wenn Bildung also für den Einzelnen diese entscheidende Rolle spielt, dann bekommt die öffentliche Verantwortung für dieses Bildungswesen eine ganz zentrale Bedeutung.

Im heutigen System werden Kinder zurückgelassen; viele erreichen keinen Abschluss. Dies ist verheerend und kontraproduktiv. **Die Ganztagschule mit pädagogischem Konzept, das sich über einen ganzen Tag erstreckt und Lern- und Freizeitangebote miteinander verbindet, muss zum Regelangebot werden. Sie muss im Stadtteil integriert sein.** Die Konzepte der offenen Ganztagschule, der verlässlichen Grundschule und andere mehr erweisen sich in diesem Zusammenhang als Mogelpackungen. Sie sind weder einem integrierten noch einem reformpädagogischen Konzept verpflichtet.

**Die Überwindung des gegliederten Schulsystems allein garantiert indes keinesfalls eine geringere soziale Selektivität.** Das Beispiel der französischen Bildungspolitik zeigt, dass es auch bei gemeinsamer, ganztägiger Beschulung zu ei-

nem hohen Maß an sozialer Spaltung kommen kann. Andererseits zeigen die Beispiele Schwedens und Finnlands den Erfolg solcher Modelle. **Umso wichtiger ist, den Streit nicht allein über die Organisationsfragen von Bildung, sondern auch über deren Inhalte zu führen.**

Wenn die Bildungsförderung für alle Kinder, insbesondere für Kinder von allein erziehenden oder arbeitslosen Müttern und Vätern und für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, optimiert werden soll, kann dies nur durch integrierte Strategien erfolgen. Diese integrierten Strategien setzen ein neues Verständnis von Schule voraus. **Die Schule muss zukünftig in einem sozialräumlichen Kontext ein Ort sein, an dem Fachkräfte unterschiedlicher Profession zusammen kommen und ihre speziellen Kompetenzen einbringen. Schülerinnen und Schüler müssen als mitwirkende Akteure in ihrer Subjektstellung anerkannt und beteiligt werden, Eltern müssen direkt bei der Ausgestaltung des Schulalltags berücksichtigt werden. Schule muss sich als aktiver Teil des Gemeinwesens verstehen.**

Eltern müssen auf der Grundlage individueller Lehrpläne sowohl in ihren Möglichkeiten gestärkt als auch in ihrer Verantwortung gefordert werden. Dabei wird diese neue Schule nicht von selbst entstehen, sie muss von den Akteuren entwickelt und aufgebaut werden. Die Schule neuen Typs ist eine Schule des Ausprobierens. In der Ganztagschule wird es mehr Zeit für Kinder geben, weil Unterricht, Freizeit und Fördermaßnahmen ineinander greifen. Allgemeine Lehrpläne werden durch individuelle Förderpläne ergänzt oder ersetzt. Durch eine systematische Bildungsförderung kann auf die Besonderheiten einzelner Kinder und ihre biografischen und sozialen Hintergründe intensiver eingegangen werden. Die Schule neuen Typs bezieht soziale, kulturelle und sportliche Organisationen mit ein und schafft so die Grundlage für mehr Zeit zur Förderung individueller Begabungen. Diese Schule neuen Typs ist keine klassische Unterrichtsschule mehr. Sie öffnet sich der Lebens- und Erfahrungswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen und deren Eltern und Familien. Sie nimmt Rücksicht auf sozial und ökonomisch schwierige Lebenssituationen der Familien, und sie erkennt die Besonderheiten von Kindern mit Migrationshintergrund an. Schule selbst wird zu einem Sozialraum und fördert über das Lernen hinaus soziale und emotionale Persönlichkeitsbildung. Die Eltern der Kinder und Jugendlichen sind nicht mehr Außenstehende, die ihre Kinder in der Schule abgeben, sondern werden Akteure, z. B. in projektorientierten Angeboten. **Die Ganztagschule als Einheitsschule wird diesen Herausforderungen am ehesten gerecht. Sowohl die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule als auch die Gestaltung von Übergängen lässt sich in einem solchen neuen Schultyp am ehesten verwirklichen.**

**Die AWO ist selbstverständlich auch bereit, Verantwortung innerhalb des Schulsystems zu übernehmen, sei es als Partner von Schule oder als Träger.** Schulträgerschaft setzt jedoch voraus, dass die gesetzlichen Regelungen für private Ersatzschulen deutlich verbessert werden.

- Die Schule der Zukunft muss es allen Kindern nach einer 10-jährigen gemeinsamen Lernzeit ermöglichen, einen Bildungsabschluss zu garantieren.
- Übergänge zwischen Bildungseinrichtungen und Bildungsangeboten müssen so gestaltet werden, dass sie keine Brüche in der individuellen Lernbiografie sind und die nächst höhere Bildungsinstitution eine zweite Chance bietet.
- Die Schule muss hierbei nachhaltig unterstützt werden. Dabei werden alle Beteiligten und Kooperationspartner einbezogen.
- Zur Dokumentation des erreichten Bildungsstandards erhält jedes Kind, jeder Jugendliche ein „Bildungsbuch“.

## **Übergänge dürfen keine Hürden sein**

### **Lebenslagen und Bildung der 16-27-Jährigen**

Von herausragender Bedeutung in dieser Altersspanne ist es, die jungen Menschen nicht nur als Auszubildende zu betrachten, sondern auch ihren Weg in die Eigenständigkeit zu begleiten. Der Erwerb von Alltagskompetenzen sowie der Aufbau eines eigenen Lebensentwurfs, von Beziehungen und Partnerschaften stehen für die jungen Menschen genauso im Vordergrund wie der Erwerb einer beruflichen Profession.

Bildungsprozesse in Schule, Ausbildung und in außerschulischen Bildungsbereichen müssen den Jugendlichen und jungen Heranwachsenden Orientierung bieten und Freiräume erschließen. Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, ihre rationalen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten zu entfalten, um als selbstbestimmte Persönlichkeiten ihre Aufgaben in Familie, Beruf, Staat und Gesellschaft zu erfüllen. Sie sollen an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mitwirken und ihre Interessen und Rechte

wahrnehmen. Vom Gelingen dieses Überganges hängen das finanzielle Einkommen, die weiteren beruflichen Chancen als auch die zukünftige soziale Stellung ab. Im Zuge des Strukturwandels der Erwerbsarbeit und durch das Verschwinden von Arbeitsplätzen mit lebenslanger Beschäftigungsperspektive wird die traditionelle berufliche Normalbiografie immer mehr zur Ausnahme. Die früheren Garanten für einen gelungenen Übergang in das Erwerbsleben, wie der Abschluss einer Berufsausbildung oder das Abitur, verbürgen heute keinen gesicherten Einstieg in die Erwerbsarbeit. Diesen besonderen Anforderungen trägt die Struktur und Praxis unseres Bildungssystems nicht genügend Rechnung. Übergänge stellen oft zu hohe Hürden dar, an denen die Jugendlichen scheitern!

Die Bedingungen für Erfolg und Scheitern sind nicht nur individuell zu verantwortenden Faktoren zu suchen, sondern hängen wesentlich von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen und Veränderungen ab. Unterschiede entlang den Dimensionen Geschlecht, soziale Herkunft, Nationalität, sozialräumliche Gegebenheiten etc. beeinflussen die (Bildungs-)Laufbahn der Jugendlichen und den Zugang zu Bildungsmöglichkeiten.

**Der Übergang in das Berufsleben ist eine der zentralen Kernaufgaben im Lebensabschnitt der Jugendlichen. Berufliche Orientierung in Schule und berufsvorbereitende Maßnahmen müssen diesen Umstand stärker als bisher in den Fokus nehmen. Der (Wieder-)Einstieg in berufliche Prozesse im Laufe des Berufslebens kann sich durch das Abwechseln von Tätigkeit und Arbeitslosigkeit mehrfach wiederholen. Die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen ist die Grundlage dafür, diese Anforderungen zu meistern.** Junge Menschen müssen frühzeitig angeleitet, gefördert und gefordert werden, eigene Aktivitäten zu entfalten, um den vorgezeichneten Brüchen in der Erwerbsbiografie begegnen zu können. Wir sehen es als eine gesellschaftspolitische Aufgabe an, allen Jugendlichen die notwendigen Erfahrungsräume, den notwendigen Kompetenzerwerb und den frei gewählten Zugang zu Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit zu sichern, um gleiche Chancen auf gelungene Bildungsprozesse zu ermöglichen. Wir treten ein für die Etablierung der zweiten und dritten Chance, das heißt, wenn es Kindern, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen nicht gelingt, bestimmte Bildungsinhalte in einem dafür vorgesehenen Alter oder Lebensabschnitt zu erwerben, darf dies nicht dazu führen, dass diese Inhalte damit nicht mehr erreichbar sind.

## Kein Abschluss ohne Anschluss

Junge Menschen sind in der heutigen Wissensgesellschaft mit Herausforderungen konfrontiert, die sich grundlegend von den Ansprüchen an frühere Generationen unterscheiden. Der Wegfall von verbürgten Lebenskarrieren und die Individualisierung der Lebensentwürfe machen den Erwerb vielfältiger Kenntnisse und Wissensbestände notwendig (u. a. in Form von Abschlüssen und Zertifikaten). Es bedarf ausgeprägter Fähigkeiten, sich permanent neues Wissen anzueignen, soziale und kulturelle Kompetenz zu erlangen und die eigene Bildungsbiografie im Sinne des lebenslangen Lernens fortzuentwickeln. Wenn die allgemeine Schulpflicht in vorhergehenden Lebensphasen noch eine gewisse Orientierung in den Bildungsbiografien von Kindern und Jugendlichen schafft, so schwindet diese mit dem Übergang von der Schul- zur Berufs- und Hochschulbildung und dem Eintritt ins Erwerbsleben zunehmend.

- Jedem/r Schulabgänger/in ist ein Recht auf Ausbildung einzuräumen.
- Dabei ist zunächst die Wirtschaft zu verpflichten, genügend Ausbildungsplätze vorzuhalten; ggf. muss durch relevante überbetriebliche oder schulische Ausbildungsgänge dieses Recht umgesetzt werden.
- Dies setzt gleichermaßen die Pflicht der Regelschule voraus, junge Menschen entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten umfassend zu bilden.
- Studierende müssen berufsqualifizierende Teilqualifikationen erwerben können. Hierdurch ist zukünftig sichergestellt, dass nach Abbrüchen auch Quereinstiege in das Berufsleben möglich sind.

**Wir lehnen Studiengebühren ab, weil sie den Zugang zu den Hochschulen behindern.**

**Staatliche Berufsausbildungsbeihilfen und Leistungen nach dem BAFöG sind gegenüber den Auszubildenden elternunabhängig und auskömmlich zu gewähren.** Berufliche Bildung ist ein Teil gesellschaftlicher Teilhabe. Es muss sichergestellt werden, dass alle jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft eine ihren individuellen Möglichkeiten entsprechende Ausbildung absolvieren können.



## **Die Arbeiterwohlfahrt stellt sich der Diskussion**

Die Arbeiterwohlfahrt als Verband der Freien Wohlfahrtspflege sieht sich verpflichtet, Fehlentwicklungen im Bildungsbereich aufzuzeigen, gesamtgesellschaftliche Folgen abzuschätzen und Lösungsansätze zu entwickeln. Dabei besinnt sie sich auf ihre Stärken und Handlungsfelder. Die Arbeiterwohlfahrt will nicht nur fordern, sondern sich auch beteiligen. Sie will ihr Verständnis von Bildung, Betreuung und Erziehung mit dieser Streitschrift zur Diskussion stellen und mit allen Bildungsverantwortlichen in einen Dialog treten. Sie versteht sich als Sprachrohr von Kindern, die wenig Bildungschancen haben und langfristig benachteiligt sind. Sie tritt als Fürsprecherin der Stärkung von Familien auf und berücksichtigt dabei, dass es vielfältige Familienformen und neue Anforderungen an Familien gibt. Und sie betont die Bedeutung von chancengerechter Bildung für die Gesellschaft, die sich das Zurücklassen von Kindern nicht leisten kann und darf.

Bonn, im Mai 2006